

Kritik an SPD wegen bewaffneter Drohnen

Parteien. Herta Däubler-Gmelin leitete eine SPD-Projektgruppe zur Bewaffnung von Drohnen. Jetzt bekam sie einen offenen Brief.

Tübingen „Wir sind entsetzt darüber, dass die Projektgruppe ‚Zur Frage der Bewaffnung von Drohnen‘ der Bewaffnung zugestimmt hat, auch wenn die Türe nur einen winzigen Spalt geöffnet wurde“, heißt es in dem Schreiben an die frühere Tübinger SPD-Bundestagsabgeordnete und Justizministerin. Absender ist der „Nachdenkseiten“-Gesprächskreis und Aufstehen Steinlach Wiesaz mit Günter Klepser als Ansprechpartner.

Strikte Ächtung von SPD erwartet

„Von der ‚Friedenspartei SPD‘ hatten wir keine Projektgruppe, sondern eine strikte Ächtung bewaffneter Drohnen erwartet – genau so, wie es bei Streumunition schon der Fall ist“, stellen die neun namentlich genannten Unterzeichner des Schreibens klar. Es sei empörend, dass weitergeleitete „Änderungsanträge zum Zukunftsprogramm“ des SPD-Parteitags vom 9. Mai 2021, die sich skeptisch oder ablehnend mit der Anschaffung bewaffneter Drohnen befassten, „ignoriert wurden“. Auch sei es empörend, dass ein Lobbyist aus dem Militär teilnehmen konnte, aus der Friedensbewegung jedoch wohl niemand in der Projektgruppe gewesen sei.

Man sei auch darüber empört, dass eine „kluge“ Parteitagsstrategie am 9. Mai die Änderungsanträge nicht zur Annahme empfohlen, sondern aufs Abstellgleis „Weiterleiten“ geschoben habe. Ignoriert worden sei auch, „dass die USA schon die gleiche realitätsfremde Begründung: ‚wir schützen unsere Soldaten‘, für ihre Drohnen-Offensivwaffe benutzt hatten. In der militärischen Praxis mussten dann sehr schnell viele Zivilisten und Kinder als ‚Kollateralschäden‘ in Kauf genommen werden.“

Herta Däubler-Gmelin antwortete der Gruppe bislang nicht. Auf TAGBLATT-Anfrage erklärte sie, sie wolle „die Unterzeichner des Schreibens sehr gerne zu einer Diskussion (ruhig auch öffentlich) einladen, wobei Termin, Ort und Moderation noch zu vereinbaren wären.“

„Wir hoffen, dass genügend SPD-Abgeordnete – vor allem auch der neu dazugekommenen – dafür sorgen, dass die Tür für bewaffnete Drohnen in der zu erwartenden Koalition fest verschlossen wird“, hieß es weiter in dem im November verschickten Schreiben.

Inzwischen ist der Koalitionsvertrag von SPD, Grünen und FDP unterzeichnet. Es ist kaum anzunehmen, dass sich die Verfasser des Offenen Briefs mit den enthaltenen Formulierungen zufrieden geben. „Bewaffnete Drohnen wollen wir verstärkt in internationale Kontrollregime einbeziehen. Letale Autonome Waffensysteme, die vollständig der Verfügung des Menschen entzogen sind, lehnen wir ab. Deren internationale Ächtung treiben wir aktiv voran“, heißt es einerseits darin.

Drohnen für die Bundeswehr

Andererseits wird jedoch die Anschaffung bewaffneter Drohnen für die Bundeswehr angekündigt: „Bewaffnete Drohnen können zum Schutz der Soldatinnen und Soldaten im Auslandseinsatz beitragen. Unter verbindlichen und transparenten Auflagen und unter Berücksichtigung von ethischen und sicherheitspolitischen Aspekten werden wir daher die Bewaffnung von Drohnen der Bundeswehr in dieser Legislaturperiode ermöglichen. Bei ihrem Einsatz gelten die Regeln des Völkerrechts, extralegale Tötungen – auch durch Drohnen – lehnen wir ab.“

ran